

MENSCHEN IN DEN RUIN

Hochhaus-Bewohner erhört

Mehr Augenmaß bei der Grazer Feuerpolizei ist also gefragt – neue Bestimmungen im Feuerpolizeigesetz sollen das fördern, indem sie Maßnahmen mit enormen Kosten verhindern.

Was nun passiert, liegt am zuständigen Landesrat Manfred Wegscheider. Dort wartet das Gesetz auf eine Überarbeitung – und tausende Hochhaus-Bewohner auf die entscheidende Hilfe.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder email: stadtblatt@kpoe-graz.at

VIEL GELD:

Graz zählt rund 240 Hochhäuser, die allesamt älter als 30 Jahre sind und die auf neuesten feuerpolizeilichen Stand gebracht werden müssen.

Wirbel gibt es um die vorgeschriebenen Maßnahmen: Funktionierende Brandmelder sollen etwa durch neue mit Zusatzkosten von 500 Euro pro Monat ersetzt werden.

Mehr als 50 Millionen Euro machen die Aufträge für die Maßnahmen der Grazer Feuerpolizei in Summe aus. Daran lässt sich gut verdienen...



Große Siedlungen versprechen ein großes Geschäft

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Budgettricks

Wie knapp die Stadt bei Kasse ist, zeigte die letzte Sitzung des Gemeinderates. Finanzstadtrat Wolfgang Riedler holte sich dort nämlich den Freibrief dafür, ein Budgetloch von 80 Millionen Euro eigenmächtig stopfen zu dürfen. Für die ÖVP und die SPÖ war das nicht der Rede wert, nur KPÖ und Grüne orteten Probleme und waren gegen diesen Budgettrick, der allerdings von ÖVP und SPÖ in trauter Zweisamkeit beschlossen wurde.

Bürgerbeteiligung

Mehr Mitspracherecht für die aktiven Grazer Bürger soll der Bürgerbeteiligungsprozess bringen, der vom Gemeinderat im Februar abegesenet wurde. „Die KPÖ unterstützt alle Bestrebungen zu einer verbesserten Bürgerbeteiligung“, so **KPÖ-Klubobmann Sepp Schmalhardt**. Und die KPÖ strebt nach einer möglichst idealen



Umsetzung – und da zeigte das Projekt des zuständigen Stadtrates Gerhard Rüscher Verbesserungsbedarf. Die Bürgerinitiativen kritisierten nämlich, dass sie bei der Ausarbeitung des Projektes nicht dabei sein durften und fürchten auch, dass die Bürgerarbeit ob der schlechten Finanzlage der Stadt nie umgesetzt werden könne.

Deshalb kam von der KPÖ ein Zusatzantrag, wonach

für das Umsetzen der Bürgerideen Geld aufgebracht werden muss und alle jene Anliegen vorrangig abgewickelt werden, die derzeit für Konflikte sorgen.

Messeschlössl

Die Tage der alten Messe sind gezählt, das Areal beim Messeschlössl soll zum Wohnbereich werden. Große Ausbaupläne hegt die Grazer Wechselseitige, unter

anderem denkt man an eine Tiefgarage mit mehr als 300 Stellplätzen samt Ausfahrt in die Münzgrabenstraße. **KPÖ-Gemeinderätin Christine Schönberg** machte Bürgermeister Siegfried Nagl aufmerksam, ein Auge auf den Bebauungsplan zu haben – bevor das Großprojekt ohne Bebauungsplan und damit ohne Einflussmöglichkeit für die Stadt durchgeboxt wird.

Gegen Missbrauch

Allzu oft stellte sich in letzter Zeit heraus, dass bei den Tätigkeiten der Stadt mit einer besseren Kontrolle so manches Übel – wie die Ökoprotit-Pleite – nicht passiert wäre. Deshalb machte sich KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt dafür stark, dass die Aufsichtsräte der Grazer Stadtwerke und der Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH mit Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen besetzt werden.